

(A)

## 5. Sitzung

### 4. Sitzungsabschnitt

Düsseldorf, Donnerstag, 21. September 1950

Mitteilungen des Präsidenten	59 B
Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung	59 C
Ministerpräsident Arnold	59 D
Entgegennahme der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	60 A
(B) Ministerpräsident Arnold	60 A
Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung	67 B

#### Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Arnold, Minister für Wirtschaft und Verkehr Dr. Sträter, Justizminister Dr. Amelunxen, Arbeitsminister Ernst, Innenminister Dr. Flecken, Minister für Ernährung und Landwirtschaft Lübke, Wiederaufbauminister Dr. Schmidt, Frau Kultusminister Teusch, Sozialminister Dr. Weber, Finanzminister Dr. Weitz.

**Beginn: 10.45 Uhr**

**Präsident Gockeln:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Verhandlungen des 4. Sitzungsabschnittes des Landtags Nordrhein-Westfalen. Ich begrüße Sie herzlichst, nachdem ich Sie immerhin eine beachtliche Zeit hier im Hause nicht beschäftigt habe; ich danke Ihnen, daß Ihr Interesse für unsere Arbeit so groß ist, und hoffe, daß dieser Tag, der den Übergang vom Sommer in den Herbst bringt, für die Pflichten und Aufgaben dieses Hauses fruchtbringend werde. Ich

begrüße die Mitglieder des Hauses, die Vertreter der Konsulate, unsere Presse und unsere Gäste. (C)

Für heute sind entschuldigt die Abgeordneten Dr. Achenbach, Gerhard, Deist, Holthoff, Dr. Luchtenberg, Frau Härdle, Sträter (Dortmund), Schabrod, Köhltau, Albers, Dr. Toussaint, Schaub (Essen), Herzner, Reimann und Wascher.

Seinen Geburtstag feiert heute Herr Abg. Dr. Heinrich Dohr. Ich darf ihm im Namen des Hauses herzliche Glückwünsche aussprechen.

Dann habe ich noch an einige Mitglieder des Hauses eine Mitteilung zu machen. Unser Archiv hat festgestellt, daß in den Händen einiger Abgeordneter wertvolle Materialien über die Arbeiten sind, die im Zonenbeirat, bei den Verfassungsberatungen in Herrenchiemsee oder in anderen Gremien geleistet wurden. Um dieses Material sicherzustellen und auszuwerten, wären wir Ihnen sehr dankbar, falls Sie dieses Material für Ihre eigenen Zwecke — das stellen wir bei einer Stelle bereits fest — nicht behalten wollen, wenn Sie uns dieses Material für das Archiv zur Verfügung stellten.

Meine Damen und Herren! Damit ist Punkt 1 der Ihnen überreichten Tagesordnung erledigt.

Ich habe Ihnen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

#### Vereidigung der neuen Mitglieder der Landesregierung

bekanntzugeben, daß der Herr Ministerpräsident mir mit Schreiben vom 15. September mitgeteilt hat, daß er gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Landesverfassung eine Erweiterung des Kabinetts vorgenommen hat. Der Herr Ministerpräsident hat den Wunsch, Ihnen die Veränderung bekanntzugeben. Ich bitte ihn, diese Bekanntgabe vorzunehmen. (D)

**Ministerpräsident Arnold:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, dem Hohen Hause mitzuteilen, daß ich das Übergangskabinett vom 1. August 1950 gemäß Artikel 52 Absatz 3 der Landesverfassung durch Entscheidung vom 15. September 1950 wie folgt erweitert habe.

Innenminister: Dr. Adolf Flecken,

Justizminister: Dr. Rudolf Amelunxen,

Minister für Wirtschaft und Verkehr: Dr. Artur Sträter,

Arbeitsminister: Johann Ernst,

Sozialminister: Dr. Josef Weber,

Minister für Wiederaufbau: Dr. Otto Schmidt.

Nach derselben Verfassungsbestimmung hat der Ministerpräsident ein Mitglied der Landesregierung mit seiner Vertretung zu beauftragen. Im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Kabinetts übertrage ich hiermit diese Vertretung dem Minister für Wirtschaft und Verkehr, Herrn Dr. Sträter.

**Präsident Gockeln:** Meine Damen und Herren! Gemäß Artikel 53 der Verfassung unseres Landes haben die Minister vor dem Hause einen Eid auf die Verfassung abzulegen. Die Herren Minister Dr. Flecken, Dr. Ame-

(Präsident Gockeln)

(Vereidigung der neuen Minister)

- (A) Iunxen, Ernst, Dr. Weber und Dr. Schmidt wollen in der heutigen Sitzung des Landtages diesen Eid ablegen. Ich bitte die Herren, hierher zu kommen.

Meine Herren Minister, ich werde Ihnen die Eidesformel unserer Verfassung vorlesen, die ich mir nachzusprechen bitte.

(Die neuen Kabinettsmitglieder werden vereidigt.)

Ich danke Ihnen!

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zu Punkt 3 der Ihnen überreichten Tagesordnung:

#### Entgegennahme der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Ich darf den Herrn Ministerpräsidenten bitten, die Erklärung abzugeben.

**Ministerpräsident Arnold:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich im Juni 1947 zum Ministerpräsidenten berufen wurde, habe ich eine Regierungserklärung abgegeben, an die ich heute anknüpfen möchte. Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf die Ziele zu werfen, die sich die Landesregierung damals gestellt hat, und zu prüfen, inwieweit diese Ziele erreicht worden sind.

Im Vordergrund unserer Sorgen stand damals die fast hoffnungslos erscheinende Frage nach der **Sicherstellung der Ernährung** unserer Bevölkerung. Sie wissen, wie groß die Not war, Sie wissen aber auch, mit welcher Disziplin und Ausdauer die Bevölkerung dieses Landes diese Not getragen und überwunden hat. Es erscheint mir angebracht, bei dieser Erinnerung dankbar der Hilfe zu gedenken, die uns vom Ausland und insbesondere von den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet zuteil geworden ist.

(B)

Neben der Sicherstellung unserer Ernährung bereitete 1947 die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze größte Sorgen. Sie wissen, wie viele Fabrikanlagen und Arbeitsplätze von der **Demontage** bedroht waren und wie es gelungen ist, eine Vielzahl dieser Gefahren von uns abzuwenden.

Eine andere Sorge der Landesregierung bildete damals die Festigung ihrer **Rechtsstellung gegenüber der Besatzungsmacht** und die klare Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten. Schon vor Erlass des Besatzungsstatuts sind auf diesem Gebiet in unserem Lande beachtliche Fortschritte erzielt worden.

Vor allem war es damals die Absicht der Landesregierung, durch ihre Arbeit einen Beitrag für die **Wiedereinordnung des deutschen Volkes in die Gemeinschaft der europäischen Nationen** zu leisten. Wenn auf diesem Gebiet Nordrhein-Westfalen schon vor Errichtung der Deutschen Bundesrepublik die Führung übernehmen konnte, so hatte es seinen Grund in der überragenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung unseres Wirtschaftsraums für eine neue europäische Ordnung.

Die Landesregierung bekannte sich in ihrer damaligen Regierungserklärung zu der Notwendigkeit einer wirklichen **Bodenreform**. Das Bodenreformgesetz ist inzwischen verabschiedet, und die praktische Arbeit hat begonnen.

Die Landesregierung betonte in ihrer Regierungserklärung 1947 die Bedeutung einer lebendigen **Selbstverwaltung**. Auf diesem Gebiet sind im Laufe der letzten Legislaturperiode erhebliche Fortschritte erzielt worden. Damit ist ein wesentlicher Baustein für die Sicherung unseres demokratischen Lebens gelegt worden.

(C)

Was in der Regierungserklärung von 1947 zu dem **kulturpolitischen Wollen** dieses Landes und Volkes gesagt wurde, hat inzwischen in der vom Volk gebilligten Verfassung seine rechtliche Verankerung gefunden.

Wenn diese Ziele erreicht werden konnten, so danken wir das zuerst dem Aufbauwillen, der Opferbereitschaft und dem staatspolitischen Verständnis aller Schichten unserer Bevölkerung.

Es muß auch hier ein Wort des Dankes und der Anerkennung an die Gewerkschaften ausgesprochen werden, die unter Verzicht auf billige lohn- und sozialpolitische Forderungen ihre Aufgabe darin gesehen haben, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft beizutragen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Trotz der ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Spannungen, trotz der Not, in der unser Volk lebte, ist es in diesem Lande entgegen den Befürchtungen, auch des Auslandes, nicht zu störenden Arbeitskämpfen gekommen.

Eine Reihe von Zielen, die ich damals darlegte, konnte **nicht erreicht werden**: Die Frage der Neuordnung der **Grundstoffindustrien** und ihrer Überführung in Gemeinwirtschaft, die Frage des **überbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes** blieben ungelöst, weil schon vor der Gründung der Deutschen Bundesrepublik die Besatzungsmächte erklärt haben, diese Probleme lägen außerhalb der Zuständigkeit eines Landesparlamentes.

(D)

Leider ist auch der von der Landesregierung im Juni 1947 besonders dringlich ausgesprochene Wunsch auf **Heimkehr unserer Kriegsgefangenen** nur teilweise erfüllt worden. Wir gedenken auch heute in Schmerz und Verbundenheit derjenigen Deutschen, die noch immer in fremdem Lande zurückgehalten werden, und geben der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß es der Bundesregierung und der einhelligen Forderung aller zivilisierten Nationen gelingen möge, diesen Zustand, der jedem Gesetz der Menschlichkeit hohnspricht, endlich zu beenden.

(Zustimmung)

Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, bis jetzt vorgetragen, was von meinem damaligen Regierungsprogramm erfüllt worden ist und was nicht erfüllt werden konnte. Ich möchte nun in den Grundzügen mein neues Regierungsprogramm vorlegen.

Zunächst ein grundsätzliches Wort über das **Verhältnis der Länder zum Bund**. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt Artikel 20 die Bundesrepublik als einen demokratischen und sozialen Bundesstaat, und Artikel 50 beruft die Länder durch den Bundesrat zur Mitwirkung bei der

(Ministerpräsident Arnold)

(Regierungserklärung)

- (A) Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes. Artikel 1 der Landesverfassung sagt:

Nordrhein-Westfalen ist ein Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland.

Damit bekennt sich Nordrhein-Westfalen zur Bundesrepublik und zur Erfüllung der im Grundgesetz der Deutschen Bundesrepublik ihm auferlegten Pflichten. Die Landesregierung erblickt in der Mitwirkung an Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes eine vornehme und verantwortungsvolle Aufgabe. Die vom Bonner Grundgesetz gewollte Einschaltung der Länder in die Arbeit des Bundes bedeutet aber nicht, daß ein politischer Prozeß einsetzen soll, der die jeweiligen Landesregierungen zu einem getreuen Spiegelbild der jeweiligen Bundesregierung macht. Das wäre nicht der Weg, zu einer echten Entfaltung der politischen Kräfte zu kommen. Wie verschiedenartig auch immer diese politischen Kräfte sein mögen, so gilt doch für uns der unumstößliche Satz: Wir wollen die politischen Kräfte dieses Landes nicht gegen, sondern für den Bund einsetzen. Und wenn wir in einer politischen Frage gelegentlich anderer Meinung sein sollten, so soll man überzeugt sein, daß unsere Haltung von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragen ist. Die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen wird sich von niemand in der Treue zum Bund und zu Deutschland übertreffen lassen.

(Bravo! bei der CDU)

- (B) Eine von uns sehr bedauerte Tatsache ist es, daß unser Land mehr als alle Länder der Bundesrepublik Deutschland von außenpolitischen Entscheidungen in Mitleidenschaft gezogen wird, die der zweite Weltkrieg im Gefolge gehabt hat: Ruhrstatut, einseitig auferlegte Unterstellung rheinischer Gebietsteile und ihrer deutschen Bevölkerung unter eine fremde Auftragsverwaltung, Sicherheitsbehörde und Eingriffe infolge Demontagepolitik waren Etappen auf unserem Wege in der Zeit unserer völkerrechtlichen Handlungsunfähigkeit. Wir wollen aber anerkennen, daß sich in diesem schmerzlichen Kapitel unserer neuesten Geschichte eine Sinneswandlung anzubahnen beginnt, die von dem Gedanken ausgeht, daß Europa eine Realität werden muß, wenn wir nicht alle zugrunde gehen sollen.

(Bravo!)

Die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen wird das Ihre dazu tun, die Bundesregierung tatkräftig zu unterstützen in ihrem Bestreben, wahre und echte europäische Lösungen zu finden. Wir leben nicht mehr in der Zeit des nationalstaatlichen Souveränitätswahns, sondern wir sind bereit, Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen dann zu übertragen, wenn dies der europäischen Einheit förderlich ist.

(Dobbert (SPD): Sehr gut!)

Im Schuman-Plan erblicken wir an Rhein und Ruhr die Verwirklichung einer seit langem gehegten großen Idee. Die Bundesregierung kann sicher sein, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber dieses Landes gleichermaßen, und mit ihnen die Landesregierung, bereit sind, diesen Weg in ein neues Europa mitzugehen. Von der Bundesregierung aber erwarten wir, daß die Landesregierung bei der Durchführung dieses Plans maßgeblich

beteiligt wird; denn die Kohlen- und Stahlindustrie unseres Landes ist der wesentliche Gegenstand der neuen europäischen Ordnung. (C)

(Sehr richtig! beim Zentrum)

Die Landesregierung ihrerseits wird alles tun, um auch in dieser Ordnung die besonderen Interessen der rheinisch-westfälischen Gesamtwirtschaft in sinnvoller Weise wahrzunehmen.

Artikel 55 der Landesverfassung verpflichtet den Ministerpräsidenten, die **Richtlinien der Politik** zu bestimmen, und überträgt ihm dafür die Verantwortung gegenüber dem Parlament. Daher ist es meine Aufgabe, Ihnen die wichtigsten Grundlinien darzulegen, die mich in meiner Arbeit bestimmen werden.

Zunächst ist es meine besondere Pflicht, die **Demokratie** in unserem Volke zu **stärken und lebendig zu gestalten**.

(Kaiser (KPD): Durch Verbote usw., nicht wahr?)

Die Erfahrungen in allen demokratischen Ländern haben gelehrt, daß Demokratie nur wachsen und bestehen kann in der gemeindlichen Selbstverwaltung, bei der Mitarbeit der Gemeindeangehörigen an den Dingen der örtlichen Gemeinschaft. Demokratie kann nur von unten aufgebaut werden. Wir müssen aber vom Staat her der Selbstverwaltung Vertrauen entgegenbringen.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Was von den Organen der Selbstverwaltung erledigt werden kann, sollte nicht vom Staat zentralistisch verwaltet werden. (D)

(Sehr wahr!)

Demokratie muß aber in allen Lebensbereichen Gestalt annehmen: im kulturellen, im sozialen und auch im wirtschaftlichen Bereich.

(Sehr gut!)

Für die Demokratisierung unserer Wirtschaft legt unsere Verfassung der Landesregierung eine eindeutige und klare Verpflichtung auf, bei der Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes für gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung einzutreten.

(Bravo!)

Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.

(Bravo!)

Ich vertraue darauf, daß sich in diesen Zeiten schwerer politischer und sozialer Spannungen die Gewerkschaften weiterhin der Verantwortung gewachsen zeigen, die sie nicht nur gegenüber der Arbeitnehmerschaft, sondern auch für Volk und Staat zu tragen haben.

(Sehr gut!)

Jeder erneute Versuch, in Deutschland wahre Demokratie zu schaffen, wird aber ergebnislos bleiben müssen, wenn es uns nicht gelingt, die **Jugend und die junge Generation** überhaupt von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen.

(Sehr richtig!)

(Ministerpräsident Arnold)

(Regierungserklärung)

- (A) In Erfüllung der mir durch die Verfassung auferlegten Pflichten werde ich deshalb der jungen Generation, ihren sozialen und beruflichen Sorgen, mein ganz besonderes Augenmerk widmen und sie durch Leistungen davon zu überzeugen versuchen, daß ihr Schicksal mit diesem Staat verbunden ist und daß falsche, totalitäre Ideologien sie nur in neues Unglück führen können.

(Sehr richtig!)

Die staatspolitische Erziehung der Jugend in Schule, Berufsschule und Fachschule und im Rahmen der Jugendorganisationen ist ein Kernstück dieser Bestrebung. Das deutsche Jugendherbergswerk soll gefördert werden. Der berufs-, wohnungs- und heimatlosen Jugend soll und muß staatliche Hilfe zuteil werden. Der Errichtung von Lehrlingswerkstätten und Lehrlingsheimen kommt daher besondere Bedeutung zu.

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin mit besonderer Sorge der Heimatvertriebenen annehmen. Ich empfinde mit ihnen den Schmerz um die verlorene Heimat und teile mit ihnen die Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an dem sie in ihre Heimat zurückkehren können. In der Zwischenzeit wollen wir ihnen hier in unserem Land, in Deutschland, nicht nur Arbeit, Brot und Wohnung, sondern auch eine neue Heimat schaffen. Die Landesregierung bedarf dabei des guten Willens, des Mitgefühls und der Mitarbeit der alleingesessenen Bevölkerung, die ihrerseits ein Recht darauf haben muß, daß sie bei der Beseitigung aller Kriegsfolgen in unserem eigenen Lande weitestmögliche Förderung erfährt.

(B)

Die starke Inanspruchnahme des Volkseinkommens für die Bedürfnisse der öffentlichen Hand macht eine durchgreifende Verwaltungsreform unerläßlich.

(Bravo!)

Die von der Mehrheit wohl auch dieses Hauses im Grundgesetz anerkannte Notwendigkeit, die Landschaftsverbände wieder zu errichten, um die übergeordneten kommunalen Aufgaben der Stadt- und Landkreise zu erfüllen, wird das Sozialministerium entlasten.

Sobald die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung geschaffen ist, wird dieser Aufgabenbereich aus dem Arbeitsministerium ausscheiden. Die verbleibenden Arbeitsgebiete beider Ministerien können dann in einem Arbeits- und Sozialministerium zusammengefaßt werden.

Nachdem die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern abschließend geklärt ist, wird in der Landesverwaltung ein weiterer Aufgabenabbau möglich sein. Aus diesem Grunde und wegen der engen Verflechtung der Wirtschaft unseres Landes mit dem Verkehr ist das bisherige Wirtschafts- mit dem Verkehrsministerium bereits vereinigt worden.

Das Problem der Verwaltungsreform umfaßt drei Fragenkreise: die sachliche, die organisatorische und die personelle Verwaltungsreform. Sicherlich ist das wesentlichste Stück die sachliche Verwaltungsreform. Unsere Gesetzgebung ist unübersichtlich ge-

worden. Aus diesem Zustand ergibt sich für die Landesregierung und für die einzelnen Ministerien die Verpflichtung, daraus die Folgerungen zu ziehen, und es ergeben sich aus diesem Zustand auch ganz bestimmte Forderungen an die Arbeit des Parlaments. Es ist meine Absicht, durchgreifende Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, den bestehenden unübersehbaren und kostspieligen Gesetzeswirrwarr zu bereinigen, soweit das Land legislativ zuständig ist. Darüber hinaus werde ich eine Sachverständigen-Kommission bestellen, deren Aufgabe es sein soll, die Gesetze und Verordnungen in eine klare und rechtssystematisch einwandfreie Form zu bringen.

Die organisatorische Verwaltungsreform wird die Aufgaben der Landesverwaltung zweckmäßig ordnen, die Verteilung der Aufgaben zwischen vorgesetzten und nachgeordneten Behörden rationell vornehmen, Dienststellen zusammenlegen, verkleinern oder auflösen und die Dienstaufsicht sparsam und wirksam regeln müssen. Unter diesem Gesichtspunkt wird auch das Problem der staatlichen Mittelinstanz noch untersucht werden müssen, wobei auf das legitime Rechtsschutzbedürfnis des Staatsbürgers und auf die unverzichtbare Aufsichtsverpflichtung des Staates Bedacht genommen werden muß.

Es ist das Anliegen einer personellen Verwaltungsreform, dafür zu sorgen, daß nur die Dienstkräfte beschäftigt werden, die neben staatsbehäufiger Gesinnung die erforderlichen Fachkenntnisse besitzen.

(Sehr gut!)

Der Weg zur Ausbildung für den öffentlichen Dienst muß jedermann offen stehen.

Ein Landesbeamtengesetz wird vorgelegt werden, wenn feststeht, ob und in welchem Umfange der Bund von seinem durch Artikel 75 des Grundgesetzes festgelegten Recht, Rahmenvorschriften zu erlassen, Gebrauch gemacht hat.

Mir liegt der Gedanke des Rechtsstaates besonders am Herzen. Ich werde deshalb dem weiteren Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit mein besonderes Augenmerk widmen, denn es ist erste Aufgabe eines Rechtsstaates, die Arbeit der Verwaltungsbehörden auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und so den Staatsbürger gegen autoritäre Übergriffe zu schützen.

Nach der Verfassung trage ich gegenüber dem Parlament auch die Verantwortung für die Tätigkeit der Minister. Ich muß daher auch einiges über die Aufgaben der einzelnen Landesminister sagen, wobei ich mich auf grundsätzliche Fragen beschränken muß.

**Innenministerium:** Unser Land braucht dringend eine neue gesetzliche Regelung des Polizeiwesens.

(Zuruf von der KPD: Aha!)

Der augenblickliche Zustand ist nicht nur für alle Teile unbefriedigend, sondern auch in der Sache selbst völlig unzulänglich.

(Sehr richtig! bei der CDU)

(Ministerpräsident Arnold)

(Regierungserklärung)

- (A) Im Rahmen der Neuorganisation der Polizei muß der Innenminister zunächst mindestens ein volles Weisungsrecht erhalten. Darüber hinaus bleibt die Schaffung einer Landespolizei unser Ziel. Besondere motorisierte Einheiten für die Verkehrspolizei müssen den unerträglichen Zustand der Verkehrsunsicherheit bekämpfen. Die Ausbildung der Polizei muß in staatspolitischer und fachtechnischer Hinsicht auf eine neue Basis gestellt werden. Die Ausrüstung und Bewaffnung der Polizei muß den Erfordernissen entsprechend ausgestaltet werden.

Gerade für einen demokratischen Staat ist eine zuverlässige, gut ausgebildete und anständig bezahlte Polizei lebensnotwendig.

(Sehr gut!)

Nur eine solche Polizei wird den Schutz für Leben und Eigentum des Staatsbürgers und die Staatssicherheit gewährleisten können. Diese Polizei wird auch mit aller Strenge gegen diejenigen einzuschreiten haben, die die demokratische Freiheit mißbrauchen, um die demokratischen Freiheitsrechte zu beseitigen und den Staat auszuhöhlen.

(Zuruf bei der KPD)

Im Zusammenhang mit der Neuordnung unserer Polizei wird das Innenministerium ein Gesetz vorzulegen haben, das die **Ordnungsverwaltung** neu regelt und sie von der Polizei deutlich abgrenzt.

Die alsbaldige Vorlegung einer **neuen Gemeindeordnung** ist vorgesehen.

- (B) Eine Änderung des **Gemeindegewahlgesetzes** erscheint notwendig, weil das derzeitige Gesetz in seinen Bestimmungen für die Verhältnisse der kleinsten Gemeinden nicht ausreichend ist.

Die Landesverfassung verlangt den Erlass einer Anzahl von **weiteren Gesetzen und Ausführungsbestimmungen**. Um nur die wichtigsten herauszugreifen: das Wahlgesetz, das Wahlprüfungsgesetz, das Gesetz über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid und das Gesetz über den Verfassungsgerichtshof.

**Finanzministerium:** Der Finanzminister wird bei seinen Dispositionen und unter entsprechender Beobachtung aller Dienststellen der Landesregierung dafür Sorge zu tragen haben, daß sich jeder einzelne Beamte des Landes der Tatsache bewußt ist, daß die von ihm verwalteten Gelder aus den **Steuergroschen** des Volkes stammen. Die **Ausgabenwirtschaft** des Landes hat auf die allgemeine Not Rücksicht zu nehmen, in der wir uns gemeinsam befinden.

(Zustimmung)

Auch die Gemeinden werden diesen Gesichtspunkt bei ihrer Finanzgebarung zu beachten haben.

Die Herbeiführung eines **ausgeglichene[n] Haushaltsplanes** und eine **sparsame Haushaltspolitik** in der gesamten Landesregierung ist oberster Grundsatz. Im Rahmen der Einnahmen und Kreditmöglichkeiten soll der Beschaffung von Mitteln für **Zwecke des Wohnungsbaues**, der **Beseitigung von Kriegsschäden**, der **Eingliederung der Vertriebenen** und der **Schaffung neuer Arbeitsplätze** besondere Sorgfalt entgegengebracht werden.

- (C) Wenn das Land Nordrhein-Westfalen sparsam mit seinen Steuergeldern umgeht, wird es im Rahmen des Bundesfinanzausgleiches seinen Einfluß geltend machen können, daß in anderen Ländern der Bundesrepublik nicht Ausgaben und Finanzdispositionen erfolgen, die es sich selbst und seiner Bevölkerung versagen muß.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

Der Finanzminister wird insbesondere dafür eintreten, daß

- a) eine klare Trennung der Finanzverwaltung zwischen der Bundesrepublik und den Ländern nach den Bestimmungen des Grundgesetzes herbeigeführt wird, wobei die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbände zu sichern ist;
- b) die Überlassung des ehemaligen preussischen Staatsvermögens an das Land bei der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern nach den Bestimmungen des Grundgesetzes erfolgt, weil auch die süddeutschen Länder unangefochten im Besitz ihres Staatseigentums bleiben, und
- c) schließlich eine grundlegende Steuerreform im Sinne der Steuervereinfachung herbeigeführt wird und Maßnahmen zur Beschleunigung der Steuerveranlagung und zur Intensivierung der Steuererfassung getroffen werden.

Ebenso wird die Landesregierung bemüht sein, darauf hinzuwirken, daß bei dem Bundesgesetz über den **Lastenausgleich** eine Regelung gefunden wird, die eine sozial gerechte Milderung der Kriegs- und Kriegsfolgeschäden und der Auswirkungen der Währungsreform gewährleistet.

**Justizministerium:** Der Justizminister ist das lebendige Gewissen von Recht und Gerechtigkeit im Lande. Ich sehe eine wichtige Aufgabe darin, **jeden Deutschen**, der sich nicht gegen die Strafgesetze vergangen hat, wieder als **vollberechtigt in die Gemeinschaft einzugliedern**. Ich betone dies insbesondere auch im Zusammenhang mit der Entnazifizierung.

Der Aufbau des Staates, der nach dem Willen des Grundgesetzes **demokratischer, republikanischer und sozialer Rechtsstaat** sein soll, verlangt hervorragende **richterliche Persönlichkeiten**, die sich mit den staatspolitischen Kräften eng verbunden fühlen und aus sozialem Verständnis volksnahes Recht sprechen. Die dafür erforderlichen gesetzlichen Grundlagen werden vom Lande in einem Ausführungsgesetz zu der vom Bund vorbereiteten Neuordnung der Rechtsstellung der Richter zu schaffen sein.

Nicht zuletzt aber wird es sein besonderes Augenmerk darauf richten müssen, einen fachlich hochqualifizierten, die verfassungsmäßige Ordnung innerlich und äußerlich bejahenden und seiner sozialen und staatspolitischen Aufgabe voll bewußten **Nachwuchs für Staat, Rechtspflege und freiberufliche juristische Berufe** heranzuziehen.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien)

(Ministerpräsident Arnold)

(Regierungserklärung)

- (A) Aufgabe des Justizministeriums ist es schließlich, im Lande und bei den Arbeiten im Bundesrat auf die **Innehaltung der verfassungsmäßigen und rechtstechnischen Erfordernisse in der Gesetzgebung** zu achten.

In der **Rechtsarbeit des Bundesrats** wird das Justizministerium des größten und wirtschaftlich bedeutsamsten Landes der Bundesrepublik in besonderem Maße sein Augenmerk der für die nächsten Jahre bevorstehenden **Reform unseres Gerichtsverfassung- und Prozeßrechts** sowie der **Justizgesetzgebung** überhaupt zuwenden müssen. Auf eine zweckmäßige Gestaltung unserer Gerichtsorganisation, vor allem auf ihre stärkere Vereinfachung, wird vom Land aus hinzuwirken sein.

Eine **Fortentwicklung des Strafrechts**, die den veränderten sozialen und politischen Forderungen Rechnung trägt, wird vom Lande über den Bundesrat zu fördern sein.

Insbesondere auf dem Gebiete des **Verfassungsschutzes** wird die Regierung dafür Sorge zu tragen haben, daß der Bund wirksame strafrechtliche Bestimmungen schafft, die einer Zersetzung des demokratischen Lebens Einhalt gebieten.

(Bravo!)

Es wird dabei nicht genügen, auf die **Gesetzgebung vor 1933** zurückzugreifen, die dieser Aufgabe gegenüber ohne jeden Erfolg geblieben ist.

- (B) (Zuruf von der KPD)

**Kultusministerium**: Die Landesregierung wird die im Bonner Grundgesetz und in der Landesverfassung gesicherte Kulturhoheit des Landes in vollem Umfange zur Geltung bringen.

Die Kultur- und insbesondere die **Schulpolitik** wird entsprechend dem Charakter und der Struktur des Landes christliches Gepräge tragen.

Die Landesregierung wird in Kürze den Entwurf eines **Landesschulgesetzes** vorlegen.

Die Kulturpolitik des Landes soll sich aber nicht in der Gesetzgebung erschöpfen. Sie wird im **Schul- und Bildungswesen** der geistigen und sozialen Struktur unseres Landes Rechnung zu tragen haben. Den Begabten aus allen Volksschichten soll der Zugang zu jeder Bildungseinrichtung des Landes sichergestellt werden, wobei die Auslese auch in der Berufsbewährung erfolgen kann.

In vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Bildung und Erziehung der **Jugend** wird sich die Landesregierung die **Pflege und den Ausbau der Universitäten und Hochschulen** angelegen sein lassen. Die traditionelle **Selbständigkeit** dieser Körperschaften in Lehre und Forschung und das Recht auf eine sinnvolle **Selbstverwaltung** müssen erhalten bleiben. Es muß aber auch **Wert** darauf gelegt werden, diese Stätten geistiger Arbeit auf das engste mit dem praktischen Leben unseres Volkes zu verbinden.

(Bravo!)

Die Landesregierung wird die **Zusammenarbeit mit den besten Forschern des Landes** auf allen Gebieten der Wissenschaft fördern und die „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen“ ausbauen und unterstützen. (C)

Es werden auch neue Wege gesucht und gefunden werden müssen, um der **wirtschaftlichen Notlage der Kunstschaffenden** wirksam zu begegnen. Als Träger besonderer Einrichtungen werden neben Staat und Gemeinde auch die Kirchen und freien Vereinigungen anerkannt und gefördert.

Die Landesregierung beabsichtigt, einen vom Kulturausschuß des Landtages erarbeiteten Entwurf eines **Sonn- und Feiertagsgesetzes** vorzulegen.

Es ist eine selbstverständliche Aufgabe, die kulturpolitischen Maßnahmen des Landes in organische Verbindung mit allen überregionalen Kräften und Einrichtungen innerhalb Deutschlands zu bringen und durch den **Kulturaustausch mit den Nachbarvölkern** im Sinne der Völkerverständigung zu wirken.

**Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**: Bei der Abhängigkeit unserer Lebensmittelversorgung vom Ausland besteht die Gefahr, daß bei krisenhafter Zuspitzung der weltpolitischen Situation oder bei sonstigen Störungen eine ausreichende Versorgung nicht mehr gesichert ist. Ich werde deshalb bei der Bundesregierung darauf dringen, daß unsere **Vorratshaltung erweitert** wird, und es werden notfalls auch Landesmittel zur Verfügung gestellt, um dieses Ziel zu erreichen. (D)

Bei unserer handelspolitischen Gesamtlage ist allerdings die **Sicherung der Versorgung** aus der Einfuhr allein nicht zu gewährleisten. Es können auch Situationen eintreten, in denen Zufuhren aus dem Ausland völlig ausbleiben. Darum müssen alle Kräfte voll zur Entfaltung gebracht werden, um eine größtmögliche **Steigerung unserer eigenen Lebensmittelproduktion** zu erreichen. Damit erwächst der Landwirtschaft aus der Größe ihrer Aufgabe eine besondere Stellung innerhalb der Gesamtwirtschaft. Die Steigerung der inländischen Erzeugung ist die beste Gewähr für die Sicherung unserer Lebensmittelversorgung. Wir werden dadurch unabhängiger von den Schwankungen des Weltmarktes und von den weltpolitischen Geschehnissen; wir sparen darüber hinaus Devisen und können die Erlöse unseres Exports für die Belegung von Industrie und Gewerbe und die übrige Wirtschaft einsetzen. Gleichzeitig wird damit unsere Landwirtschaft zu einem immer bedeutsameren Auftraggeber an Industrie und Handwerk, während eine Extensivierung nicht nur erhebliche Produktionsausfälle mit sich brächte, sondern auch die Abhängigkeit der Verbraucher von der ausländischen Landwirtschaft gefährlich vergrößern würde.

Durch den **Ausbau und die Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens** soll eine quantitativ und qualitativ gleichmäßige Belieferung des Marktes gesichert, der Weg dieser Waren zum Verbraucher verkürzt und verbilligt und der inländische Markt den inländischen Erzeugnissen in erster Linie erschlossen werden.

(Ministerpräsident Arnold)

(Regierungserklärung)

- (A) Es muß erreicht werden, daß die **Landarbeiter** nach entsprechender Berufsausbildung die **Anerkennung als Facharbeiter** erhalten, die in der Gesamtentlohnung hinter ähnlichen Berufen der gewerblichen Wirtschaft nicht zurückstehen.

Um der **Landflucht** wirksam begegnen zu können und damit gleichzeitig der Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte zu sichern, sollen die Landarbeiter in die Lage versetzt werden, sich mit Hilfe von Staat und Gemeinde eine eigene **Siedlerstelle** und eine auskömmliche Altersversorgung zu erarbeiten.

Von größter Bedeutung sind die **Erhaltung, Stärkung und Neubildung bäuerlichen Eigentums** und die **Ansetzung vertriebener Landwirte**. Diesem Ziel soll eine schnelle und wirksame Siedlungsarbeit dienen. In diesem Rahmen ist auch die Landbeschaffung für die ländlichen Kleinsiedlungen, die Bildung von Siedlerstellen für Land- und Forstarbeiter sowie für ländliche Handwerker vordringlich zu fördern.

Die **Forstwirtschaft** spielt für die Holzversorgung, Wasserwirtschaft, Landeskultur und Volkswohlfahrt eine so überragende Rolle, daß sie kurzfristig zu normalen Wirtschaftsverhältnissen zurückgeführt werden muß. Die Aufforstung von Kahlflecken, die Förderung der Holzherzeugung in bäuerlichen Betrieben, die Umwandlung von Niederwaldflächen in Hochwald bzw. landwirtschaftliche Nutzflächen wird vom Land unterstützt werden.

- (B) **Wirtschafts- und Verkehrsministerium**: Auf dem Gebiet der Wirtschaft obliegen der Landesregierung, ungeachtet der Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik wesentlich vom Bund bestimmt wird, wichtige Aufgaben.

Leben und Arbeit der Bevölkerung an Rhein und Ruhr und der Wohlstand dieses Landes beruhen auf **Kohle und Eisen**. Von der Art, wie die **Neuordnung dieser Wirtschaft** durchgeführt wird, hängt daher die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ab. Ziel der Neuordnung muß höchste Leistungsfähigkeit sein. Die Entscheidung darüber darf aber nicht über den Kopf der Nächstbeteiligten hinweg gefällt werden, sie muß im Einvernehmen mit der Landesregierung, den Unternehmen und Gewerkschaften gefunden werden.

Die **Überführung der Grundstoffindustrien** in Gemeineigentum muß entsprechend dem in der Verfassung zum Ausdruck gebrachten Volkswillen angestrebt werden.

(Hensler (SPD): Bravo!)

Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, hier ihren Einfluß in der Gesetzgebung des Bundes nachdrücklich geltend zu machen.

Es wird das besondere Anliegen der Landesregierung sein, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur **Steigerung der Produktion** und zur **Erhöhung der Leistungs- und internationalen Wettbewerbsfähigkeit** unserer Wirtschaft beizutragen. Hierzu wird sie jedes Bestreben auf Modernisierung und Rationalisierung unserer Wirt-

schaft unterstützen und durch Förderung der Forschung die wissenschaftlichen Grundlagen dafür schaffen. (C)

Das **Handwerk** hat eine bedeutungsvolle wirtschaftliche und soziale Funktion. Ohne gründliche handwerkliche Ausbildung und ohne die schöpferische Initiative des deutschen Handwerks ist eine Weiterentwicklung unserer industriellen Wirtschaft kaum denkbar. Das selbständige Handwerk muß daher aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Gründen geschützt, erhalten und gefördert werden. Der große Befähigungsnachweis ist hierzu eine wichtige Voraussetzung.

(Bravo! in der Mitte)

Die moderne arbeitsteilige Wirtschaft ist ohne **Handel** nicht möglich. Der Handel hat in der Volkswirtschaft notwendige Verteilerfunktionen, und bei dieser Aufgabe wird er durch die Landesregierung gefördert werden.

Die **Preisbildung** verlangt im Hinblick auf die allgemeine Preis- und Lohnentwicklung unsere besondere Aufmerksamkeit. Die Überwachung der festgesetzten Preise wird energisch durchgeführt werden.

Im übrigen wird die Landesregierung die staatliche Lenkung wirtschaftlicher Vorgänge auf das im Interesse des Volkswohls unerlässlich notwendige Maß beschränken.

Die Bergbaubehörden des Landes werden großzügige weitere **Erschließung unserer Bodenschätze** fördern, technische Bestrebungen, die die Wirtschaftlichkeit des Kohlenabbaus erhöhen, unterstützen und vor allen Dingen der **Sicherheit der Bergleute** gegenüber den Gefahren vor Ort, der Silikose und anderer Bergkrankheiten, besondere Aufmerksamkeit widmen. (D)

Im Rahmen einer planvollen Vorsorge für die **Bereitstellung ausreichender elektrischer Energien** wird in Zusammenarbeit mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen gemischtwirtschaftlicher und kommunaler Art an dem erforderlichen Ausbau der Erzeugungsanlagen gearbeitet werden, um den von Jahr zu Jahr steigenden Anforderungen der Wirtschaft und der Bevölkerung gerecht zu werden.

Die **Wasserwirtschaft** muß die Trinkwasserversorgung und die Wasserversorgung für den Bergbau und die Industrie sicherstellen. Große Aufgaben, wie der Bau von **Talsperren**, der Ausbau von **Wasserstraßen** und von **Wasserversorgungsanlagen** sind auf diesem Gebiet zu lösen.

In keinem deutschen Land spielt der Verkehr eine so ausschlaggebende Rolle wie in dem Kernland der Industrie an Rhein und Ruhr. Erst eine befriedigende **Regelung unserer Verkehrsverhältnisse** schafft die erforderlichen Voraussetzungen für Landwirtschaft und Industrie; **Hafen- und Kanalanlagen** in unserem Land sind dringend erhaltungs- und ausbaubedürftig, und die **Binnenschifffahrt** bedarf der Förderung. Die **Eisenbahntarife** müssen den modernen Erfordernissen angepaßt, die Wettbewerbsverhältnisse der Verkehrsmittel untereinander neu abgestimmt werden, wofür grundlegende Arbeiten in Kürze dem Hohen Hause vorgelegt werden.

(Ministerpräsident Arnold)

- (A) Gemeinsam mit der Bundesbahn und der Studiengesellschaft für die Elektrifizierung wird die Landesregierung den Bundesbehörden vorschlagen, möglichst bald an die Arbeit der **Elektrifizierung der Bundesbahn** heranzugehen.

(Bravo!)

Die Landesregierung vertritt den Standpunkt, daß sich unser Land an der Finanzierung dieses großen Vorhabens in gleichem Maße interessiert zeigen muß wie die süddeutschen Länder. Durch eine solche Arbeit werden mindestens 35 000 Menschen in unserem Land jahrelang Erwerbsmöglichkeiten finden. Die elektrifizierte Eisenbahn wird das eigentliche Industriegebiet zu einem großen aufgelockerten Siedlungsraum umgestalten helfen.

**Arbeits- und Sozialministerium:** Der Arbeitsminister wird vor allem fruchtbare **Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern** zu pflegen haben, um somit die Grundlage für laufende Aussprachen zwischen den beiden großen Sozialpartnern und der Landesregierung herzustellen. Das Ergebnis dieser Aussprachen wird der Landesregierung die Möglichkeit geben, auf die bevorstehende und wichtige **Sozialgesetzgebung des Bundes** Einfluß zu nehmen. Im Vordergrund dieser Gesetzgebung stehen die Einführung der **Selbstverwaltung in der Sozialversicherung** und die Schaffung eines einheitlichen **Arbeits- und Betriebsverfassungsrechts**.

- (B) Das Sozialministerium wird sich in ganz besonderer Weise den Problemen der vielseitigen **sozialen Fürsorge** widmen. Diese Fürsorge gilt vor allem der **Jugend**, den Opfern des Krieges, der Arbeit, den Heimatvertriebenen, den Heimkehrern und nicht zuletzt jenen, die durch die Kriegereignisse evakuiert wurden und deren verständliches Bestreben es ist, nach fünfjähriger Wartezeit sobald wie möglich in ihre Heimat zurückzukehren.

(Sehr richtig!)

Die **Instandsetzung und der Neubau von Krankenhäusern**, die **technische Ausrüstung der Heilstätten und Pflegeanstalten** gehören ebenso in den vordringlichen Arbeitsbereich des Sozialministeriums, wie die **Unterstützung und Förderung der freien Wohlfahrtspflege** überhaupt.

**Ministerium für Wiederaufbau:** Das drückendste und dringlichste Problem ist die durch **Kriegszerstörung** und **Bevölkerungszuwachs** unerträglich gestiegene Wohnraumnot. In enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung wird die Landesregierung alles tun, um den **Wohnungsbau mit allen Kräften zu fördern**. Dabei wird Bedacht darauf genommen werden müssen, daß ein angemessenes Heim die Voraussetzung für die Entfaltung gesunden Familienlebens ist. Darüber hinaus wird für eine ausgeglichene Behandlung des **gemeinnützigen und privaten Wohnungsbaus** sowohl in der Art der Förderung als auch in der Höhe der bereitzustellenden Mittel zu sorgen sein.

Der Wiederaufbauminister wird sein Augenmerk auch darauf richten, daß die **Baurichtlinien und finanzwirtschaftlichen Bestimmungen** so

(Regierungserklärung)

gefaßt und angewandt werden, daß sie einen zügigen **Wohnungsbau** ermöglichen. (C)

(Sehr richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluß noch ein Wort zu dem Verhältnis zwischen **Opposition und Regierung** sagen! Bei aller Achtung vor den verschiedenen Auffassungen über das Wechselspiel von Opposition und Regierung bin ich der Meinung, daß auch hier zeitbedingte Gesichtspunkte nicht übersehen werden können. Angesichts der geistig-politischen Situation erscheint mir eine geschlossene Abwehr der politisch-positiven Kräfte gegen alle Elemente, die den demokratischen Staat, seine Ordnung und Autorität ablehnen, die die persönlichen Freiheiten des Staatsbürgers verneinen und einem neuen Totalitarismus zustreben, weit wichtiger und entscheidender zu sein als eine fruchtlose Auseinandersetzung von Parteien und Regierung, denen die demokratische Staatsordnung doch ein gemeinsames und ernstes Anliegen sein sollte.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Trotz begrifflicher Verstimmungen über die hinter uns liegenden Koalitionsgespräche sollten wir sehr darauf bedacht sein, daß die aufbauenden Kräfte im Volk und im Parlament nicht gegeneinander aufgebracht werden, damit nicht in unnützer Weise Kräfte verzehrt werden, die im Kampf gegen die wahren Feinde der staatlichen Ordnung und der menschlichen Freiheiten unentbehrlich sind.

(Sehr richtig!)

Man kann den demokratischen Staat nicht verteidigen, wenn die Demokraten unter sich Krieg führen! Wenn der demokratische Staat mit seiner inneren Bürgerschaft für **Volksrechte und Volksfreiheiten** das gemeinsame Ziel von Opposition und Regierung ist, dann dürfen diese beiden Kräfte nicht in eine falsche Frontstellung gelangen. Darüber hinaus sollte sich die Opposition bewußt sein, daß sie möglicherweise die Regierung von morgen ist und das verwirklichen muß, was sie in der Opposition gefordert hat. (D)

Ich glaube daher, daß die parlamentarische Opposition im Gegensatz zu früher nicht auf einem unfruchtbaren, die Demokratie zerstörenden Streitverhältnis zwischen Opposition und Regierung beruhen darf. Es muß nach meiner Auffassung vielmehr so sein, daß die Opposition Anteil an der **Regierungsarbeit** nimmt. Sie ist indirekter Regierungspartner, und ihre Kritik und ihre Gegengründe gegen Regierungsentscheidungen müssen dem Wohle des Landes dienen. So gesehen kann die staatspolitische Opposition nützlich, ja notwendig sein und wird dadurch der Regierung gleichrangig. Nur so erstet zwischen Opposition und Regierung ein Verhältnis, das der **Ausdruck staatsbildender Kraft** ist. Aus einer solchen Einstellung kann sich bei gegenseitiger Bereitschaft eine **Regierungspraxis** entwickeln, die zur engeren Zusammenarbeit führt und die, im größeren Zusammenhang gesehen, den **Weg vom Parteienvolk zum wirklichen Staatsvolk** freilegt. Und wie anders, meine verehrten Damen und Herren, könnte Deutschland gleichberechtigt in eine **freie Welt der Völker** eingeordnet werden, wenn



(Ministerpräsident Arnold)

(Regierungserklärung)

- (A) es nicht als Staatsvolk an die Entscheidungen seiner Zukunft heranginge?

(Sehr richtig!)

Wenn die Regierung einmütig entschlossen ist, in diesem Geiste die Arbeit aufzunehmen, dann lassen Sie mich noch ein Wort des Dankes an die Millionen Männer und Frauen des Landes richten, von deren Vertrauen dieses Haus getragen wird. Dieses Volk, dessen Duldsamkeit und Fleiß, dessen Ausdauer und Arbeitswille unsere Bewunderung geweckt hat und immer wieder aufs neue weckt, hat Anspruch darauf, daß wir das von ihm erhaltene Vertrauen rechtfertigen. Das Volk draußen im Lande hat kein Verständnis für Parteihader und keinen Sinn für Interessensklüngel.

(Heiterkeit bei SPD und KPD)

Es will nicht leere Worte hören, es erwartet von uns Arbeit und Verantwortung. Diese Arbeit und Verantwortung zu vollstrecken, ist der einmütige Wille der Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

**Präsident Gockeln:** Das Haus hat die Erklärung der Regierung entgegengenommen. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, die Debatte darüber morgen früh zu beginnen. Der heutige Tag steht den Fraktionen zu ihren Überlegungen und Beratungen zur Verfügung. (C)

In Übereinstimmung mit dem Vorschlag des Ältestenrats schließe ich die heutige Sitzung und berufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, zur Beratung der Regierungserklärung. Die Anfrage der SPD-Fraktion Drucksache Nr. 18 wird mit den Beratungen des morgigen Tages verbunden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 11.43 Uhr.